

GR Ulrike Bauer

19.04.2007

A N T R A G

Betr.: Petition an die Bundesregierung bezüglich ganztägiger Schulformen

Der Ausbau an Kinderbetreuungsplätzen ist von besonderer Wichtigkeit für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Besonders in den Ballungszentren ist die Nachfrage nach solchen Betreuungsplätzen sehr hoch. Besonders für Eltern von Schulkindern ist es besonders wichtig, dass ihre Kinder auch am Nachmittag betreut werden. In einer ganztägigen Schulform machen die SchülerInnen nach dem Mittagessen ihre Aufgabe und haben anschließend eine sehr gute Freizeitbetreuung. Wenn die Kinder nach Hause kommen, können sie mit den Eltern ihre Freizeit ohne Schulstress genießen.

Seit Beginn dieses Schuljahres ist an jeder Schule eine ganztägige Betreuung einzurichten, wenn sich mindestens zehn Kinder für eine solche anmelden. Der Bund stellt für die gegenstandsbezogene Lernzeit fünf Stunden pro Woche und Gruppe zur Verfügung. Diese müssen von LandeslehrerInnen abgehalten werden. Vom Land Steiermark werden für jede unverschränkte Gruppe € 3.000,- und für jede verschränkte Gruppe € 8.000,- pro Jahr und Gruppe zur Verfügung gestellt. Für den restlichen Teil der Betreuungszeit – die Freizeit - muss die Gemeinde aufkommen.

In den Pflichtschulen der Stadt Graz kann ab Herbst 2007 eine flächendeckende ganztägige Betreuung angeboten werden. Jedoch ist die finanzielle Belastung aufgrund der sozialen Staffelung der Elternbeiträge sehr hoch.

Durch diese Aufteilung der Zuständigkeiten zwischen Bund, Land und Stadt entstehen große Schwierigkeiten in der Organisation. So müssen die Lernstunden von LandeslehrerInnen abgehalten werden, jedoch wird die Freizeitbetreuung an private Träger delegiert, da dadurch ein Kostenersparnis erlangt werden kann. Es wäre daher wünschenswert, dass die ganztägige Betreuung im Gesamten vom Bund finanziert werden würde. Ein vereinbarter Teile der Kosten könnte über den Finanzausgleich von den Gemeinden retourniert werden.

Eine wesentliche Erleichterung für das Budget des Stadtschulamtes wäre jedoch bereits, wenn vom Bund zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt werden. Eine Erhöhung der Lernstunden von fünf auf zehn pro Gruppe und Woche wäre hier ein erster Schritt.

Ich stelle daher namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

A n t r a g :

Der Gemeinderat möge beschließen:

Die Bundesregierung möge eine sinnvollere und qualitativere Form der Ganztägigen Betreuung so organisieren und gesetzlich regeln, dass grundsätzlich der Bund die Ganztägige Schulform ausrichtet. Die Kosten sollen über den Finanzausgleich getragen werden.

GR. Kurt Hohensinner

19.4.2007

A N T R A G

Betrifft: Live Übertragung der öffentlichen Gemeinderatssitzungen im Internet

Viele Gebietskörperschaften in Österreich haben bereits das Angebot für Bürgerinnen und Bürger geschaffen, ihre Sitzungen über das Medium Internet live mitzuverfolgen.

Der Steiermärkische Landtag überträgt seit geraumer Zeit die Plenum – Sitzungen und hat mit dieser Neuerung einen großen Erfolg. Hunderte Steirerinnen und Steirer können auf diese Weise die Arbeit der Landtagsabgeordneten aktuell beobachten.

Da die Wahlbeteiligung bei der letzten Gemeinderatswahl bei nur knapp über 50 Prozent gelegen ist, sind wir aufgefordert Maßnahmen zu setzen, die Gemeindepolitik interessanter aufzubereiten und näher an die Bevölkerung zu bringen.

Durch eine Live – Übertragung der Gemeinderatssitzungen im Internet, würden wir alle unsere Entscheidungen transparent machen.

Darüber hinaus sollen alle öffentlichen Tagesordnungspunkte gleich nach der Sitzung abgespeichert und online gestellt werden.

Namens der Fraktion ÖVP stelle ich daher den

A n t r a g,

der Gemeinderat möge folgendes beschließen:

Das Amt für Öffentlichkeitsarbeit wird beauftragt, Möglichkeiten der Live–Internetübertragung des Grazer Gemeinderates zu prüfen und einen Umsetzungsplan zur Beschlussfassung vorzulegen.

GR. Peter MAYR

19.04.2007

A N T R A G

Betr.: Gestaltung Marktgasse

Bewohnerinnen und Bewohner der Marktgasse sind an mich mit der Schilderung der Situation in ihrer Straße herangetreten. Diese Schilderung lässt nicht viele Fragen offen:

Der verheerende Zustand des Straßenbelages, die hoffnungslos veraltete Holz-Strommasten und eine ebenso veraltete Straßenbeleuchtung lassen die ansonsten reizvolle Marktgasse zunehmend „alt“ aussehen. In Aussicht gestellte Verbesserungen dieser Missstände wurden bis dato nicht durchgeführt.

Daher stelle ich namens des ÖVP Gemeinderatsclubs folgenden

A n t r a g:

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz möge die zuständige Magistratsabteilungen beauftragen, Maßnahmen zur deutlichen Verbesserung der geschilderten Situation durchzuführen.

GR. DI Gunther LINHART

19.04.2007

A N T R A G

Betr.: Umweltbelastung durch Gebäudebeheizung

Seit Jahren ist das Feinstaubproblem insbesondere in den Wintermonaten ein gravierendes und genau so lange wird dagegen praktisch nicht mehr unternommen als reine Symptomsbekämpfung. Man redet sich immer darauf aus, dass das meiste von außen kommt und dass wir deshalb ja so gut wie nichts dafür können. Es wird nie gerade herausgesagt, dass wir in Graz pro Kopf wahrscheinlich gleich viel zur Belastung beitragen wie andere auch, für die dann auch wieder alles von außen herein kommt.

Ein gewichtiger Verursacher des Feinstaubes und natürlich auch der CO₂-Emission ist zweifelsohne ganz allgemein die Beheizung von privaten und öffentlichen Gebäuden. Und wenn diese nach dem Stand der Technik wärmedämmung werden, können der Energieverbrauch und damit auch die Emissionen erheblich gesenkt werden.

Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher folgenden

A n t r a g:

Der Gemeinderat möge den zuständigen Umweltreferenten der Stadt Graz, Hr. Vizebürgermeister Walter Ferk, die Grazer Energieagentur und das Umweltamt damit beauftragen, in Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen des Landes Steiermark ein langfristiges und effizientes Konzept zu erstellen, um Emissionen wie Feinstaub und CO₂ stark zu senken.

GR. Bernd Schönegger

19.04.2007

A N T R A G

Betr.: Initiative für einen lebenswerten Grazer Süd-Westen

Die Martinhofstraße (auf Höhe Weiberfeldweg, Weblinger Straße, Ferdinand Pirrsch Straße, Salfeldstraße, Ankerstraße, ggf. Richtung Norden bis zum Fuße des Buchkogels/Bezirksgrenze Wetzelsdorf) weist in den letzten Jahren einen stetig steigenden, hohen Grad an Freizeitnutzung bzw. eine hohe Frequenz an Erholungssuchenden auf und stellt einen wesentlichen Pfeiler der Lebensqualität in diesem Bereich dar.

Andererseits scheint diese vorhandene Lebensqualität auch immer mehr Wohnbauträger dazu zu veranlassen ebendort eine Ver- und Bebauung stattfinden zu lassen.

Mit dieser Entwicklung geht ein stetig steigendes motorisiertes Verkehrsaufkommen einher und es führt im gesamten beschriebenen Raum zu unangenehmen „Konkurrenzsituationen“ zwischen Erholungssuchenden Bürgern und dem Autoverkehr. Eine großzügige bauliche Trennung von diesem Autoverkehr und den Erholungssuchenden (Radfahrer/Fußgänger) scheint zur Zeit noch möglich und würde einiges an dieser beschriebenen Lebensqualität trotz erhöhtem Verkehrsaufkommen sicherstellen.

Um es auf den Punkt zu bringen: ein Signal für die Lebensqualität im Grazer Südwesten könnte zur Zeit, noch am Beginn der Ver- und Bebauung gesetzt werden

Daher stelle ich namens des ÖVP Gemeinderatsclubs folgenden

A n t r a g:

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz möge die zuständige Magistratsabteilungen beauftragen, diese im Antragstext beschriebene Problematik aufzugreifen und das Anlegen eines großzügigen, durchgehenden Geh- und/oder Radweges auf eine alsbaldige Machbarkeit hin zu überprüfen.

GRin. Sissi POTZINGER

19.04.2007

A N T R A G

Betr.: Verkehrsberuhigung Hubertusstraße

Die Hubertusstraße in Graz - St. Peter ist eine relativ breite, leicht abfallende Straße mit „Hauptstraßencharakter“ („alleeartig“). Sie verleitet durch ihr Erscheinungsbild ausgesprochen zum Fahren mit erhöhter Geschwindigkeit. Zudem ist ein erhöhtes Verkehrsaufkommen merkbar, da diese Straße in Verbindung mit der Theodor Storm Straße einen Schleichweg von Liebenau nach St. Peter bildet.

Die Tatsache, dass sich in diesem Bereich ein Kindergarten und ein Seniorenheim befinden und die 30er Beschränkung in der Hubertusstraße kaum eingehalten wird, macht eine Diskussion um eine Verkehrsberuhigung dringend notwendig. Eine neu erbaute Wohnsiedlung der ÖWG befindet sich ebenfalls in der Hubertusstraße. Dies hat einerseits ein weiteres Steigen des Verkehrs bewirkt, andererseits leben in dieser Siedlung auch viele Kinder.

Aus Aspekten der Verkehrssicherheit, des Lärmschutzes und des Schutzes von älteren („Seniorenheim“) aber auch jüngeren („Kindergarten“) ist die Verkehrsberuhigung in diesem Bereich dringend geboten.

Daher stelle ich namens des ÖVP Gemeinderatsclubs folgenden

A n t r a g:

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz möge die zuständigen Magistratsabteilungen beauftragen, diese im Antragstext beschriebene Problematik aufzugreifen eine Verkehrsberuhigung der Hubertusstraße, entweder durch Verengung („Blumeninseln, Begrünung etc.), durch Bodenschwellen oder durch sonst geeignete Maßnahmen zu veranlassen, wie etwa einen Schutzweg ("Zebrastreifen") beim Kindergarten einzurichten, bzw. auch die Errichtung einer Ampelanlage an der Einmündung der Hubertusstraße in die St.Peter-Hauptstraße sowie fallweise mobile Radarüberwachung zu prüfen.

GR. Mag. Gerhard SPATH

19.04.2007

A N T R A G

Betr.: fehlende Beleuchtung Hohenrainstraße

Bewohnerinnen und Bewohner der Hohenrainstraße sind an mich mit der Schilderung eines Problems in der Hohenrainstraße herangetreten: Aus Richtung St. Peter kommend führt ein Teil der Hohenrainstraße nach der GVB – Endhaltestelle Petri-Au durch einen Wald und genau in diesem Teil fehlt die Straßenbeleuchtung gänzlich (ca. 500m). Da dieser Bereich auch gerne als Lauf – und Spazierstrecke genutzt wird, wäre es wünschenswert, dieses Manko zu beseitigen.

Daher stelle ich namens des ÖVP Gemeinderatsclubs folgenden

A n t r a g:

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz möge die zuständige Magistratsabteilungen beauftragen, die Möglichkeit der Anbringung einer Straßenbeleuchtung im beschriebenen Bereich zu prüfen und bei positiver Beurteilung auch zu veranlassen.

GR. Rudolf TRUMMER

19.04.2007

A N T R A G

Betr.: Beleuchtung Kriegerdenkmal Liebenau

Der Österreichische Kameradschaftsbund Graz-Liebenau saniert das Liebenauer Kriegerdenkmal („Liebenauer Löwe“) im heurigen Jahr umfassend. Nun ist es der verständliche und mit keinen wesentlichen Kosten für die Stadt verbundene Wunsch des ÖKB Liebenau, dieses neu renovierte Kriegerdenkmal auch in den Nachtstunden zu beleuchten.

Da direkt neben diesem Kriegerdenkmal ohnehin eine Straßenbeleuchtung vorhanden ist, würde es durchaus ausreichend und zweckmäßig sein, von dieser vorhandenen Beleuchtung ausgehend, einen kleinen Scheinwerfer (50-70 Watt) zur Bestrahlung des Denkmals anzubringen.

Daher stelle ich namens des ÖVP Gemeinderatsclubs folgenden

A n t r a g:

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz möge die zuständige Magistratsabteilungen beauftragen, diese im Antragstext vorgeschlagene Vorgangsweise auf die Machbarkeit zu überprüfen und, bei positiver Beurteilung, diesen Scheinwerfer anzubringen.



Betr.: Kalvariengürtel /
Lärmschutzmaßnahmen

Gemeinderatsklub SPÖ Graz

A - 8010 Graz-Rathaus
Telefon: (0316) 872-2120
Fax: (0316) 872-2129
email: spoe.klub@graz.at
www.graz.spoe.at/gemeinderatsklub

ANTRAG

gemäß § 16 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat
von Herrn Gemeinderat Leopold Simbürger
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 19. April 2007

Sehr geehrter Bürgermeister!
Sehr geehrte Damen und Herren!

Am 19. Oktober 2006 habe ich mir erlaubt, an Herrn Bürgermeister Nagl eine mündliche Anfrage betreffend Lärmschutzmaßnahmen im Bereich des Kalvariengürtels (Kalvarienbergstraße und Floßlendstraße) und eines gleichzeitigen Lückenschlusses für den Radweg Richtung Westen zu stellen. Die Konsequenz: Geschehen ist bis dato nichts – ja, schlimmer noch, ich habe - obwohl die entsprechende Frist längst verstrichen ist - nicht einmal die mir laut Geschäftsordnung zustehende Antwort auf diese Anfrage erhalten. Wobei auch diese Nicht-Beantwortung einer Anfrage, wie ich von Kolleginnen und Kollegen aus diesem Haus weiß, leider kein Einzelfall ist.

Faktum aber ist: Die AnrainerInnen in diesem Bereich des Kalvariengürtels fühlen sich mittlerweile doppelt genervt. Nicht nur wegen des Verkehrslärms an sich – sie fühlen sich auch vor den Kopf gestoßen, weil ihre berechtigten Anliegen offensichtlich auf taube Ohren stoßen.

In diesem Sinne stelle ich daher nunmehr namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs

den Antrag,

die zuständigen Magistratsabteilungen mögen beauftragt werden, die Errichtung von Lärmschutzmaßnahmen in diesem Bereich in Angriff zu nehmen und in diesem Zusammenhang auch gleich den Lückenschluss für den Radweg nach Westen mit berücksichtigen.



Betr.: Betriebsverlängerung der
Buslinie 60

Gemeinderatsklub SPÖ Graz

A - 8010 Graz-Rathaus
Telefon: (0316) 872-2120
Fax: (0316) 872-2129
email: spoe.klub@graz.at
www.graz.spoe.at/gemeinderatsklub

ANTRAG

gemäß § 16 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat
von Herrn Gemeinderat Peter Rieger
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 19. April 2007

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren!

Bereits in der vergangenen Gemeinderatssitzung wurde von mir an Herrn Stadtrat Rüscher eine Frage betreffend die Buslinie 60 eingebracht, die jedoch aus zeitlichen Gründen nicht behandelt werden konnte. Und wiewohl die Geschäftsordnung für den Gemeinderat im § 16a, Absatz 8 vorsieht, dass, ich zitiere „Anfragen, deren Behandlung im Rahmen der Fragestunde nicht möglich ist“ dem jeweiligen Gemeinderatsmitglied innerhalb von zwei Wochen schriftlich zu beantworten sind, habe ich auf meine Frage hin bis dato nichts gehört.

Zur Erinnerung nochmals: Die Buslinie 60 sorgt bei den BewohnerInnen in Waltendorf für sehr viel Verärgerung, weil die letzte Abfahrt bereits um 20 Uhr vom Schillerplatz Richtung Lustbühel erfolgt. Als attraktive ÖV-Verbindung kann das sicher nicht gewertet werden – wie auch von Bezirksvorsteher-Stellvertreterin Elisabeth Glettler moniert worden war.

Zwar wurde ihr von Stadtrat Rüscher immerhin eine Verlängerung der Abendführung dieser Buslinie auf 22 Uhr zugesagt – geschehen ist aber bislang noch nichts. Wobei eine Verlängerung bis 22 Uhr auch wieder nur eine halbe Sache wäre. Denn damit – und darauf hat auch Frau Bezirksvorsteher-Stellvertreterin Glettler ausdrücklich hingewiesen - kommt man weder BesucherInnen von Veranstaltungen entgegen, die wieder nur in den seltensten Fällen auf den ÖV zurückgreifen können, noch den Eltern von Jugendlichen, die bei Betriebsschluss um 22 Uhr ihre Kinder weiterhin mit dem Pkw vom Schillerplatz abholen müssen. Eine wirkliche Attraktivierung dieser Linie wäre somit ausschließlich mit deutlich verlängertem Abendbetrieb, sprich letzte Abfahrt vom Schillerplatz um 23.30 gegeben.

Namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs stelle ich daher

den Antrag,

die zuständigen Magistratsabteilungen mögen beauftragt werden, eine Betriebsführungsverlängerung der Buslinie 60 bis zumindest 23.30 Uhr in die Wege zu leiten.



Betr.: Berufungsformalitäten/ Novellierung
der Landesabgabenordnung

Gemeinderatsklub SPÖ Graz

A - 8010 Graz-Rathaus
Telefon: (0316) 872-2120
Fax: (0316) 872-2129
email: spoe.klub@graz.at
www.graz.spoe.at/gemeinderatsklub

ANTRAG

gemäß § 16 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat
von Herrn Gemeinderat Peter Rieger
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 19. April 2007

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren!

Wenn jemand gegen einen Bescheid eine Berufung einlegen will, so kann diese Berufung innerhalb der dafür vorgesehenen Frist üblicherweise entweder schriftlich, per Fax oder auch per E-Mail an die belangte Behörde eingebracht werden.

Es gibt jedoch auch schwer verständliche Ausnahmen, was die Form der Berufungsmöglichkeit anbelangt: Denn geht es um die Vorschreibung einer Kanalanschlussgebühr, so darf diese Berufung ausschließlich schriftlich und per Post erfolgen – E-Mail und Fax sind nicht vorgesehen. Grund ist die Landesabgabenordnung, die ausschließlich schriftliche Berufungen per Postweg vorsieht. Was schlussendlich sogar bedeutet, dass im Grund genommen eine Berufung per Mail oder Fax als nicht einmal existent betrachtet werden dürfte und es nur dem Entgegenkommen der bearbeitenden BeamtInnen zu danken ist, wenn sie BürgerInnen darauf hinweisen, dass diese Art der Berufung nicht vorgesehen ist und diesen damit Fristversäumnissen vorzubeugen helfen.

Angesichts der technischen Entwicklung und auch in Hinblick auf die notwendig erscheinende Anpassung an sonst übliche Berufungsmöglichkeiten wäre eine Adaptierung der Landesabgabenordnung dringend erforderlich.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den

Antrag,

der Gemeinderat der Stadt Graz möge in einer Petition den Landesgesetzgeber ersuchen, in der Landesabgabeordnung auch die Möglichkeit der Einbringung einer Berufung mittels Fax oder E-Mail zu verankern.

Antrag an den Gemeinderat
eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom 19.4.2007
von GR Hermann Candussi

Betrifft: Baulandbilanz und Baulandbedarf

Die Anforderungen an die Stadtplanung der Stadt Graz befinden sich durch Bevölkerungswachstum, Zu- und Abwanderung und Veränderung der Wohnbedürfnisse in ständigem Wandel. Für die bevorstehenden Revisionen des Stadtentwicklungskonzeptes und des Flächenwidmungsplanes erachten wir es daher als dringend notwendig, nicht mehr - wie bisher – auf Grundlage grober Schätzungen über den Baulandbedarf der nächsten 10 Jahre zu argumentieren und zu planen, sondern fundiertes wissenschaftliches Zahlenmaterial als Entscheidungsgrundlage zur Verfügung zu haben.

Wir halten es daher für unerlässlich noch in dieser Gemeinderatsperiode sowohl eine penible Baulandbilanz, als auch eine genaue Prognose über den für die kommenden 10 Jahre zu erwartenden Baulandbedarf zu erarbeiten.

Daher stelle ich namens der Grünen – ALG den

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden beauftragt,

1. noch in dieser Gemeinderatsperiode eine nach Widmungsarten gegliederte Zusammenstellung über das Ausmaß der in den einzelnen Bezirken jeweils als Bauland, als Sonderflächen und als Vorbehaltsflächen gewidmeten Grundflächen zu erarbeiten.
Dabei ist das Ausmaß der bebauten und der unbebauten Grundflächen jeweils gesondert auszuweisen und
2. eine Studie über den zu erwartenden Baulandbedarf für die kommenden 10 Jahre als Grundlage für die Revisionen des Stadtentwicklungskonzeptes und des Flächenwidmungsplanes in Auftrag zu geben.



Betr.: Urban Plus / Einbindung
der Bezirksvorstehungen

Gemeinderatsklub SPÖ Graz

A - 8010 Graz-Rathaus
Telefon: (0316) 872-2120
Fax: (0316) 872-2129
email: spoe.klub@graz.at
www.graz.spoe.at/gemeinderatsklub

ANTRAG

gemäß § 16 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat
von Herrn Gemeinderat Peter Rieger
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 19. April 2007

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren!

Zwar liegt das Geld leider nicht auf der Straße, wie uns dies ein Sprichwort weiszumachen versucht – sehr wohl aber liegen Gelder in Brüssel: EU-Gelder, die abgeholt werden können. Ich kann zwar nicht beurteilen, ob die Stadt Graz in der Vergangenheit in dieser Hinsicht ihre Möglichkeiten ausgeschöpft hat, aber über Urban-Projekte wurden auf jeden Fall immer wieder EU-Gelder für Graz lukriert.

Dieses Urban-Modell ist ja bekanntlich ausgelaufen – nunmehr setzt die EU in dieser Beziehung auf regionale Kooperationen. Und ein Ergebnis davon ist eben Urban Plus – zur nachhaltigen Entwicklung des Grazer Südens und des Umlandes. Prinzipiell ist das auch ein sehr richtungsweisender Ansatz, sind doch Fragen Standortentwicklung, Mobilität, Grünraum und Umwelt oder lokale Partnerschaften in einem über die Gemeindegrenzen hinausgehenden regionalen Kontext zu sehen. Nicht zuletzt aus diesem Grund sind mit den Umlandbürgermeister auch die jeweiligen politischen Ebenen in „Urban Plus“ eingebunden.

Anders ist da leider die Situation in Graz: Vom zuständigen Stadtrat DI Gerhard Rüscher werden zwar selbstverständlich die ressortverantwortlichen Abteilungen mit Urban Plus befasst, auch das Planungsbüro Kampus Consulting ist eingebunden – einzig und allein die davon betroffenen Bezirksvorstehungen von Straßgang, Puntigam, Liebenau und St. Peter stehen im Abseits, sie wurden von Herrn Stadtrat Rüscher in diesen interregionalen Erfahrungsaustausch überhaupt nicht einbezogen; obwohl die Bezirksvorstehungen – als die Verantwortlichen vor Ort – sicher bestens über Notwendigkeiten und Bedürfnisse ihrer Region Bescheid wissen, obwohl gerade sie vor Ort solche Kooperationen von sich aus immer wieder anstrengen, obwohl sie die demokratisch gewählten BezirksvertreterInnen sind.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher

den Antrag,

Stadtrat Rüscher möge umgehend beauftragt werden, in das Projekt Urban Plus auch die Bezirksvorstehungen als die demokratisch gewählten VertreterInnen der betroffenen Bezirke einzubinden.



Gemeinderatsklub SPÖ Graz

A - 8010 Graz-Rathaus
Telefon: (0316) 872-2120
Fax: (0316) 872-2129
email: spoe.klub@graz.at
www.graz.spoe.at/gemeinderatsklub

Betr.: Buslinie 74 / bessere Erschließung
der Liebenauer Hauptstraße

ANTRAG

gemäß § 16 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat
von Herrn Gemeinderat Klaus Eichberger
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 19. April 2007

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren!

Mit der Eröffnung des Einkaufszentrums Murpark nahm nicht nur die verlängerte Straßenbahnlinie 4 ihren Betrieb auf – auch die Buslinie 64 und 74 wurden zusammengeführt. Was aus verkehrsplanerischer Sicht zwar natürlich grundsätzlich zu begrüßen ist. Allerdings steckt der sprichwörtliche Teufel einmal mehr im Detail: Denn damit haben nun, weil der 74er zum Murpark fährt, die BewohnerInnen entlang der Liebenauer Hauptstraße, die zwischen Puntigamer Straße und UPC-Arena leben, eine deutlich verschlechterte Anbindung an den öffentlichen Verkehr: Sie müssen nun einen relativ weiten Weg in Kauf nehmen, um ein öffentliches Verkehrsmittel zu erreichen, was natürlich nicht gerade dessen Attraktivität hebt.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher

den Antrag,

die zuständigen Magistratsabteilungen mögen beauftragt werden, einen Vorschlag für eine neue Linienführung der Buslinie 74 auszuarbeiten, die sicherstellt, dass die BewohnerInnen der Liebenauer Hauptstraße zwischen der UPC-Arena und der Kreuzung Puntigamer Straße wieder besser an das ÖV-Netz eingebunden werden.

KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118
Tel: 0316 / 872 2151
0316 / 872 2152
0316 / 872 2153
Fax: 0316 / 872 2159
Email: kpoe.klub@stadt.graz.at

Graz, am 19. April 2007

Gemeinderat : Mag. Andreas Fabisch

Gemeinsamer Antrag von SPÖ, KPÖ und Grüne

Betreff: Projektpartnerschaft mit der Stadt Zababdeh (Palästina)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!
Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Die Stadt Graz deklariert sich seit 2001 durch einen Gemeinderatsbeschluss als Stadt der Menschenrechte und übernimmt damit die Verpflichtung, innerhalb der Stadtgrenzen aber auch überregional diesen Prinzipien gemäß zu handeln.

Eine Projektpartnerschaft mit einer Stadt, deren Region weltweit leider nur als dauerhaftes Krisengebiet Schlagzeilen macht, könnte neue wichtige Akzente setzen. Es handelt sich hierbei um die palästinensische Stadt Zababdeh im Norden der Westbank. Eine intensivere Zusammenarbeit mit europäischen Städten wäre für Kommunen wie diese ein erstrebenswerter Weg, ihre Isolation zu überwinden. Für die Stadt Graz ergibt sich eine Möglichkeit, neben den praktischen Kontakten auch ein Zeichen des Friedens und der Solidarität zu setzen. Ein Weg, den Linz und Salzburg bereits durch Projekte mit Nicaragua beschritten haben. Durch Kontakte der Grazer Friedensplattform mit palästinensischen Basisgruppen und NGOs wurde diese Idee entwickelt und die Auswahl getroffen.

Die Infrastruktur von Zababdeh ist durch die vielen Jahre der Fremdkontrolle noch nicht übermäßig entwickelt, erst seit 1995 gibt es eine eigene Gemeindeverwaltung. Trotzdem hat diese kleine Stadt (4000 Einwohner) ein Schulzentrum und beherbergt in ihrer Nähe sogar eine Universität.

Die Religionen leben friedlich neben- und miteinander (Katholiken, Protestanten, Orthodoxe und Anhänger islamischen Glaubens). Das Stadtwappen selbst verweist auf eine Kirche UND eine Moschee.

Anzustreben wäre also durch diesen Antrag eine Projektpartnerschaft / projektbezogene Kooperationen mit Zababdeh, wobei die Stadt Graz vor allem als Katalysatorin und Initiatorin für Projekte anderer Träger auftritt. Mögliche Projektträger können sein: Universitäten und Fachhochschulen, kulturelle, kirchliche und ökologische Einrichtungen u. ä., also Vertreter jener "Stärkefelder", von denen die Internationalisierungsstrategie, der Grundsatzbeschluss des Gemeinderates von 2006 spricht ("Bildung, Knowhow-Transfer, Kultur ...").

Solche projektbezogenen Kontakte werden sicher nicht nur dem kleineren Partner Nutzen bringen, der zusätzliche Imagegewinn für die Menschenrechtsstadt Graz würde über die österreichischen Grenzen hinaus anerkannt; Förderungen durch die EU für interessante Projekte sind durchaus vorstellbar.

Deshalb stelle ich im Namen von SPÖ, KPÖ und Grüne folgenden

Antrag:

Die Stadt Graz möge prüfen, inwiefern eine Projektpartnerschaft der Landeshauptstadt Graz mit der palästinensischen Stadt Zababdeh in Kooperation mit universitären, kirchlichen, ökologischen und kulturellen Einrichtungen der Stadt Graz im Sinne des Motivenberichtes möglich ist.

KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118
Tel: 0316 / 872 2151
0316 / 872 2152
0316 / 872 2153
Fax: 0316 / 872 2159
Email: kpoe.klub@stadt.graz.at

Graz, am 19. April 2007

Gemeinderätin: Gertrude Schloffer

Antrag

Betreff: Einladung zu Informationsveranstaltungen und Bezirksversammlungen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!
Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Wenn ein Amt der Stadt Graz die Bevölkerung zu einer öffentlichen Versammlung einlädt, sollte man eigentlich davon ausgehen, dass diese Einladung der gesamten betroffenen Bevölkerung zugestellt wird. Das ist aber nicht mehr so, seit die Einladungen nicht mehr von der Post sondern über eine private Prospektverteilerfirma verteilt werden.

Beispielsweise möchte ich eine Veranstaltung über den Hochwasserschutz in Andritz oder die jährlichen Bezirksversammlungen der Bezirksräte anführen.

Sehr viele Menschen wissen darüber nicht Bescheid, entweder weil sie keine Einladung bekommen haben, oder weil diese in den Massen von Werbeprospekten untergeht.

Daher wäre es sinnvoll und würde der Informationspflicht der Stadt Graz gegenüber der Bevölkerung entsprechen, wenn öffentliche Einladungen wieder durch die Post versendet werden.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ – Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag:

Einladungen zu Informationsveranstaltungen und zu Bezirksversammlungen in der Stadt Graz werden in Zukunft wieder mit der Post versendet.